Zweite Nachtragssatzung zur Verwaltungskostensatzung der Stadt Steinau an der Straße vom 13.05.2003

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Steinau an der Straße hat in ihrer Sitzung am 18.11.2025 die nachfolgende

Zweite Nachtragssatzung

zur Verwaltungskostensatzung der Stadt Steinau an der Straße vom 13.05.2003 beschlossen, die auf folgende Rechtsgrundlagen gestützt wird:

- §§ 5, 51 und 93 Abs.1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBI. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 01.04.2023 (GVBI. 2025 Nr. 24)
- §§ 1 bis 5a, 9 des Hessischen Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.03.2013 (GVBI. I S. 134), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 01.04.2025 (GVBI. 2025 Nr. 24),

in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Satz 2, §§ 4 bis 7 und 9 bis 13 des Hessischen Verwaltungskostengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.01.2004 (GVBl. I S. 36), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.06.2018 (GVBl. I S. 330).

Artikel I

§ 8 Abs. 1 Nr.22 erhält folgende Fassung:

Nr.	Gegenstand	EUR
1	Schriftliche Auskünfte	25 bis 500
	einfache schriftliche Auskünfte sind kostenfrei, soweit sie nicht aus Registern und Dateien erteilt werden	
2	Gewährung von Einsicht in amtliche Akten, Karteien,	7.
	Bücher, Datenträger usw. für Personen, die nicht am	5 bis 500
	Verfahren beteiligt sind	
2a	wie Nr. 2, wenn ein Bediensteter die Einsichtnahme	nach
	dauernd beaufsichtigen muss	Zeitaufwand
		siehe Abs. 2
2b	Zuschlag zu Nr. 2 für das Versenden von Akten, auch von	
	Bußgeldakten außerhalb eines Bußgeldverfahrens, je	
	Sendung	10
	Die Auslagen sind mit der Gebühr abgegolten.	
2c	Zuschlag zu Nr. 2 bei weggelegten Akten, Karteien,	
	Büchern,	
	je Akte, Kartei, Buch usw.	2,50

3	Gewährung von Einsicht in amtliche Akten, Karteien, Bücher, Datenträger usw. für Personen, die am Verfahren beteiligt sind, durch Versenden, je Sendung Die Auslagen sind mit der Gebühr abgegolten. bs. 1 Satz 2 ist auf die Gebührennummern 1 bis 3 nicht anzu	10
§ 1 Ak	wenden.	
4	Schriftliche Bescheinigungen über gezahlte Erschlies- sungskosten, Anliegerbeiträge, Anschlusskosten und andere öffentliche Abgaben Bei Bescheinigungen, die einen erheblichen Aufwand erfordern	10 nach Zeit- und Sachaufwand siehe Abs. 2
5	Beglaubigung von Unterschriften	10
6	Beglaubigung von Abschriften, Fotokopien usw., die die Behörde selbst hergestellt hat, je Urkunde	5
7	Beglaubigung von Abschriften, Fotokopien usw., in anderen Fällen, bei Urkunden, die aus 1 bis 10 Seiten bestehen für jede weitere Seite zusätzlich	10 1
8	Anfertigung von Fotokopien, je Seite DIN A 3 und kleiner - die vom Kostenschuldner besonders beantragt oder - die aus vom Kostenschuldner zu vertretenden Gründen notwendig wurden	0,20
9	Genehmigung eines Antrages auf Anschluss eines Grundstückes an die öffentliche Abwasseranlage	25 bis 2.600
10	Abnahme einer Grundstücksentwässerungsanlage, falls in der Anschlussgenehmigung die Abnahme vorgeschrieben war	nach Zeitaufwand siehe Abs. 2
11	Genehmigung der Einleitung von Abwasser oder Kondensaten in die öffentliche Abwasseranlage	10 bis 1.100
12	Überwachung der Einleitung nichthäuslichen Abwassers in die öffentliche Abwasseranlage (die Kosten der Untersuchungsstelle sind als Auslagen neben dieser Gebühr zu erheben)	10 bis 60
13	Erteilung eines Zeugnisses über das Nichtbestehen oder die Nichtausübung eines Vorkaufsrechts, für jedes Grundstück mindestens je Grundstückskaufvertrag	10 20
14	Bescheinigung über das Nichtbestehen oder die Nichtausübung eines Vorkaufsrechts für Bausparkassen	10

15	Zustimmung zur Verlegung neuer und Änderung bereits vorhandener Telekommunikationslinien gem. § 50 Abs. 3 Telekommunikationsgesetz	
	im endausgebauten Straßenbereich	
	je lfd. Meter zu verlegendes Kabel	1
	mindestens pro Antrag	50
	und höchstens pro Antrag	3.000
		3.000
	im noch nicht endausgebauten Straßenbereich und in	
	allen übrigen gemeindeeigenen Flächen	0.50
	je lfd. Meter zu verlegendes Kabel	0,50
	mindestens pro Antrag	25
	und höchstens pro Antrag	1.500
16	Erteilung eines Zeugnisses über die Genehmigungsfreiheit	
	der Teilung eines Grundstückes bzw. über den Eintritt der	
	Genehmigungsfiktion i.S.d. § 20 Abs. 2 Satz 1 BauGB,	
	für jedes zu teilende Grundstück	40
17	Genehmigung der Teilung eines Grundstücks gem.	
	§ 19 Abs. 3 BauGB	
	für jedes zu teilende Grundstück	40
	zuzüglich für jedes abgeteilte Grundstück	15
18	Versagung einer beantragten Grundstücksteilung gem.	
	§ 20 Abs. 1 BauGB,	
	für jedes Grundstück, dessen Teilung beantragt ist	25
19	Für die von einer Bauherrschaft beantragte oder	
	gewünschte Mitteilung nach § 56 Abs. 3 Satz 4 HBO oder	
	nach Anlage 2 zu § 55 HBO, Abschnitt V 1 Satz 3	40
20	Für die Abgabe von Formularen	1
	zuzüglich der Auslagen für die Vordrucke	90
21	Erteilung einer Bescheinigung über die Oberflächenwie-	15
	derherstellung nach Bauarbeiten an öffentlichen Straßen	
22	Benutzung eines Personenkraftwagens, je km	0,60
23	Durchführung des jagdrechtlichen Vorverfahrens nach §	nach
	36 HJagdG. Die Gebühren sowie die notwendigen	Zeitaufwand
	Auslagen, insbesondere Reisekosten und Gebühren der	
	zum Schätzen bestellten Person, sind als Auslagen neben	(N) SEPTEMBER (N)
	dieser Gebühr zu erheben. Die Kosten können auch	
	festgesetzt und verteilt werden, wenn das Verfahren nicht	
	zu Ende geführt worden ist.	
24	Durchführung eines Widerspruchsverfahrens in	
24	Angelegenheiten, die die Ablehnung oder Forderung einer	in the second
	Geldleistung zum Gegenstand haben,	
	5 v.H. des erfolglos angefochtenen Betrages,	
	mindestens	25
	The state of the s	2.500
25	höchstens	2.000
25	Wie Nr. 23, wenn der Widerspruch vor Erlass eines	
	Widerspruchsbescheides zurückgenommen worden ist,	
	2,5 v.H. des erfolglos angefochtenen Betrages,	10.50
	mindestens	12,50
	höchstens	1.250

	26	Wie Nr. 23, wenn der Widerspruch allein gegen eine	
		Kostenentscheidung gerichtet war,	
		bis zu 20 v.H. des Betrages, dessen Festsetzung mit dem	
l		Widerspruch erfolglos angefochten worden ist,	
		mindestens	12,50
		höchstens	1.250

Artikel II

Diese Zweite Nachtragssatzung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Die Satzung wird hiermit ausgefertigt.

Steinau an der Straße, den 18.11.2025

Der Magistrat der Stadt Steinau an der Straße

Zimmermann Bürgermeister